

Übrigens

100 Jahre in die Vergangenheit



Das Selfie haben wir, Christoph Clavadetscher (von links), Nadine Annen und Petra Imsand, draussen gemacht – Handys werden im Restaurant nicht gern gesehen. Bild: Christoph Clavadetscher

Letzten Samstag habe ich mich wieder einmal so richtig in Schale geworfen. Wer den Inhalt meines Kleiderschranks kennt, weiss, dass das gar nicht so einfach ist – ich bin nicht gerade Typ Cocktailkleid oder High Heels. So fanden sich meine zwei Arbeitsgspändli und ich schliesslich ziemlich chic in der S2 wieder – inmitten verschwitzter Wanderinnen und Ausflüglern auf dem Heimweg –, wo ich mich noch etwas overdressed fühlte.

Das sollte sich aber schon bald ändern. Denn das Ziel unserer Reise: die «Kronenhalle» in Zürich. Das seit 1924 für seine erstklassige Kulinarik und die hauseigene Kunstsammlung – man isst tatsächlich zwischen Picasso, Chagall und Miró – bekannte Restaurant am Zürcher Bellevue ist spätestens seit der mehrteiligen SRF-«Dok»-Serie vom letzten Jahr den meisten ein Begriff.

Der Ausflug in die «Kronenhalle» ist nicht nur eine Reise in andere Sphären der Gesellschaft, es ist vor allem auch eine Zeitreise hundert Jahre in die Vergangenheit. Angefangen bei der Einrichtung und Dekoration über die Kleidung der Mitarbeitenden bis hin zu den Speisen auf der Karte: Alles ist noch genau so, wie es die einstige charismatische Wirtin Hulda Zumsteg damals festgelegt hat. Dass sich der Küchenchef erlaubt hat, die in Stein gemeisselte Klassiker-Karte mit einer saisonalen Speisekarte zu erweitern, rettet mir als Vegetarierin den Abend. So gibt es die Avocado auch mit Tomatensalsa statt Krabbencocktail und das «Zürigschnätzlets» in einer veganen Option.

Ebenfalls ein besonderes Überbleibsel aus den 1920er-Jahren: die Gastordnung. Neben dem erwarteten Dresscode ist darin auch ausführlich festgehalten, wie die Nutzung von Tablets und Mobiltelefonen gehandhabt werden soll: lautlos und aufs Minimum beschränkt.

Fast ein bisschen enttäuscht waren wir, dass nicht alle Gäste die Gästeordnung so ernst genommen haben wie wir. Den Abend deswegen vermiesen liessen wir uns aber nicht. Denn wir fühlten uns sicher weniger deplatziert als die Leute in Shorts und T-Shirt und hatten definitiv die angeregteren Gespräche und die bessere Stimmung als das Paar am Nebentisch, das ununterbrochen auf seine Handys starrte und sich anschwieg.

Nadine Annen
Leiterin Produktion

Wochenkommentar

Es braucht eine ehrliche Debatte über die Zukunft der Spitäler

Die vereinigten Krankenkassen greifen die Schwyzer Spitallandschaft an – sie gehen gerichtlich gegen die Spitalliste des Kantons Schwyz vor. Nun muss das Bundesverwaltungsgericht entscheiden, ob die Beschwerde der Versicherer berechtigt ist oder nicht. Aus der Politik und aus dem Umfeld der Spitäler ist zu hören, dass dies ein Angriff der Krankenkassen auf die Souveränität der Kantone bei der Spitalplanung sei.

Dieser Verdacht ist durchaus berechtigt. Schliesslich erklärte der neue Krankenkassenverband Prio Swiss selber, er sehe die Beschwerde als «Ultima Ratio» gegen die «regionalpolitische Blockade» in der Spitalplanung des Kantons Schwyz. Allerdings ist der Kanton Schwyz nicht der einzige Kanton, in dem über die Zukunft von kleineren Spitälern diskutiert wird.

Diese Debatten sind sehr schwierig. Wer sich das politisch antut, kann eigentlich nur verlieren. Zu stark ist der Widerstand gegen geplante Spitalschliessungen oder einschneidende Angebotskürzungen. Das haben schon viele Gesundheitspolitikerinnen und -politiker erlebt. Wer es auch nur wagt, öffentlich über eine Spitalschliessung nachzudenken, riskiert, bei der nächsten Wahl dafür abgestraft zu werden.

Das ist ein grosses Problem in dieser Diskussion. Denn rational erkennt



Die drei Akutspitäler im Kanton in Schwyz, Einsiedeln und Lachen. Bilder: Erhard Gick

jede und jeder die Notwendigkeit einer Spitalplanung, die über die Kantons-grenzen hinausgeht. Überkantonale Zusammenarbeit wird von den Spitälern im Übrigen bereits heute praktiziert. Schwierig wird es, wenn aus dieser übergeordneten Planung die Zukunft eines Spitals infrage gestellt wird. Das hat der Kanton Schwyz selber erlebt, als die Regierung vor 15 Jahren eine Zweispitalstrategie auf Kosten des Standorts Einsiedeln verfolgt hat und auf der Demonstration gegen dieses Vorhaben sogar der damalige Abt auf die Barrikaden ging.

Dabei ist das Gejammer im Herbst jeweils sehr laut, wenn die nächste

Prämienerrhöhung angekündigt wird – auch und gerade in der Politik. Aber auch die Bevölkerung muss sich über den Zusammenhang zwischen engmaschigem Spitalnetz und immer stärker steigenden Gesundheitskosten klar werden – auch wenn es noch viele andere und vor allem gewichtigere Kostentreiber gibt, wie etwa den medizinischen Fortschritt. Aber zu glauben, man könne in der immer komplexer werdenden Medizin in jedem Spital fast alles anbieten bei gleichbleibendem Preis, ist naiv.

Die Schweiz verfügt über eines der besten Gesundheitssysteme der Welt. Diesem gilt es Sorge zu tragen.

Aber die Diskussion darüber, was wo angeboten werden soll, muss geführt werden – auch unter Einbezug von wirtschaftlichen Aspekten. Klar ist, dass die Politik die Hoheit über diese Entscheidungen haben muss. Offensichtlich ist aber auch, dass die Kantone für eine übergeordnete Planung eigentlich ungeeignet sind. Denn am Ende des Tages kämpft jeder Kanton für seine Interessen – das gilt sowohl für die kleinen wie für die grossen.

In der Schweiz gibt es über hundert Allgemeinspitäler. Hinzu kommen noch mehr Spezialkliniken. Dass es in diesem System Effizienzpotenzial gibt, liegt auf der Hand. Die Kantone sollten dabei eine proaktive, konstruktive Rolle spielen. Der Weg, über Gerichte von den Krankenkassen dazu gezwungen zu werden, ist falsch. Es ist besser, Entscheidungen mitzuprägen und zu gestalten, als sie über sich ergehen zu lassen – auch wenn das bedeutet, unangenehme Beschlüsse zu fassen.



Dominik Jordan
Chefredaktor

Forum

Demokratie lebt von Mitwirkung

Gerade einmal 55 Bürgerinnen und Bürger nahmen an der letzten Gemeindeversammlung in Schwyz teil. Das sind nicht einmal ganz fünf Promille der gut 11'000 Stimmberechtigten der Gemeinde Schwyz. Gemessen an der durchschnittlichen Stimmbeteiligung an der Urne von etwas mehr als 40 Prozent sind das Welten.

Schon im November 2013 stellte der Regierungsrat in Beantwortung einer Kleinen Anfrage von Kantonsrat Ruedi Imliig fest, dass die Teilnahme an den Gemeindeversammlungen im Kanton Schwyz im Mittel unter fünf Prozent liegt. Es ist offensichtlich, dass diese in den letzten Jahren nochmals stark zurückgegangen ist, auch wenn einzelne statistische «Ausreisser nach oben» etwa bei heftig umstrittenen Geschäften immer wieder vorkommen. In kleinen Gemeinden ist die Mitwirkung tendenziell höher als in bevölkerungsreichen Kommunen, so die Feststellung in der Beantwortung der Kleinen Anfrage.

Die kontinuierlich rückläufige Beteiligung erstaunt umso mehr, als ja die Gemeindeversammlung als Hort der Demokratie gilt und als solcher nicht selten auch verherrlicht wird. Denn hier sollten in Rede und Gegenrede die Geschäfte der Gemeinde, also auf der untersten und damit auch noch überschaubarsten Stufe

unseres Staates, diskutiert werden. Die Gemeindeversammlung bildet gleichsam das Parlament der Gemeinde und entscheidet in den Schwyzer Kommunen definitiv über das Budget samt Steuerfuss und die Rechnung mit allfälligen Nachkrediten.

Allerdings gelingt es den Behörden nicht immer, optimale Voraussetzungen für den demokratischen Prozess an der Gemeindeversammlung zu schaffen. Das beginnt schon beim Termin, der Traktandenliste und den Unterlagen. So als etwa jüngst der Schwyzer Gemeinderat just zwei Tage vor Beginn der grossen Schulferien eine ausserordentliche Gemeindeversammlung terminierte und zwei Vorlagen auf die Traktandenliste setzte, die materiell von der Versammlung gar nicht verändert werden konnten. Kam noch dazu, dass das Schutzzonenreglement und die Schutzzonenpläne als Kernelemente der Diskussion wider Gesetz und Praxis nicht einmal in der Botschaft abgedruckt waren.

Aber auch die Anlage der (Schwyzer) Gemeindeversammlung ist nicht besonders demokratiefreundlich. Während sich der Gemeinderat auf der grossen Bühne platziert und anhand einer mehr oder weniger chic aufgemachten Powerpoint-Präsentation den behördlichen Standpunkt durchgibt, müssen die Redner im Saal unten ihre Argumente mit einem

auf der Seite bereitgestellten Mikrofon ohne Rednerpult und ohne Hilfsmittel vertreten. Und wehe, wenn einer an der behördlich vorgegebenen Redezeit von fünf Minuten kratzt, wird der Sünder von der Obrigkeit schon im Voraus abgemahnt, wenn er nicht gar mit dem angedrohten Wortentzug rechnen muss. Von der doch behördlicherseits so gerne bemühten «Waffengleichheit» also keine Spur!

Allein schon durch eine Verbesserung dieser atmosphärischen Umstände könnten die Behörden einiges zur Aufwertung der Gemeindeversammlung beitragen. Verschiedene Gemeinden haben dies denn auch erkannt und schaffen stimmige Bedingungen: Sie lassen die Teilnehmenden und Diskutanten spüren, dass in der Versammlungsdemokratie der behördliche Standpunkt nicht vom hohen Katheder herab durchgesetzt werden soll, während das gemeine Volk gleichsam an den «Katzentisch» verwiesen wird. Denn nur in der zugegeben nicht immer einfach zu findenden atmosphärischen Balance lassen sich gute demokratische Voraussetzungen schaffen.

Natürlich sind nicht nur die Behörden in der Demokratie gefordert. Bürger und Bürgerinnen sind es ebenso sehr. Wie in einer erst kürzlich publizierten Kolumne in

der «NZZ am Sonntag» zu lesen war, ist die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger gerade auf Gemeindeebene nicht vernachlässigbar. Vielmehr sei diese essenziell und mitprägend für das Fortbestehen der Demokratie. Mit einer demokratiefreundlichen Ausgestaltung und Durchführung der Gemeindeversammlung kann aber viel Boden gutgemacht werden.



Toni Dettling
Der heutige Autor Toni Dettling ist ehemaliger FDP-National- und -Ständerat. Der gelernte Rechtsanwalt (lic. rer. publ.) ist verheiratet und hat zwei Kinder. Er wohnt in Schwyz.

Hinweis
Im «Bote»-Forum schreiben regelmässig prominente Schwyzerinnen und Schwyzer. Sie sind in der Themenwahl frei und schreiben autonom. Der Inhalt des «Bote»-Forums kann, muss sich aber nicht mit der Redaktionshaltung decken. (red)